

hingehend aus, daß die historisch realisierte Trennung als Chance für eine Erneuerung genutzt wurde.

Heute gehört nach wie vor die Mehrheit der Bevölkerung irgendeiner Religion an, und dies wird nicht nur pragmatisch anerkannt, indem der Rechtsstatus der Religionsgemeinschaften akzeptiert wird, vielmehr wird dies weitgehend auch als positiver Faktor angesehen. Die Säkularisation, so *Rémond*, schreitet dennoch unaufhaltsam voran. Indiz dafür ist ihm z.B. die Debatte um die Frage der Abtreibung, in der deutlich werde, daß Entscheidungsfragen zunehmend in die Verantwortung des Individuums gelegt sind und die religiöse Antwort auf diese Fragen nur noch als eine unter mehreren gilt. Ein weiteres Indiz dafür sieht er in dem Verhältnis weiter Teile der Bevölkerung zu religiösen Traditionen: Auf religiöse Feste wie Weihnachten und Ostern wird immer noch großen Wert gelegt – doch nicht mehr aus religiösen Gründen. Die Säkularisation schreitet also voran – doch von einem Verschwinden der Religion kann nicht die Rede sein.

Johannes Twardella

**Michel Grunewald (Hrsg.), *Le discours européen dans les revues allemandes 1933–1939 / Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften 1933–1939 (Convergences 11)*, PeterLang-Verlag, Bern/Berlin/Bruxelles/Frankfurt a. M./ New York 1999, 484 S.**

Wie in den beiden der ersten Vorkriegszeit und der Weimarer Republik gewidmeten Vorgängerbänden sind in dem Buch Tagungsbeiträge versam-

melt. In ihnen geht es jetzt um den Europadiskurs in deutschen Zeitschriften zwischen der Machtübernahme Hitlers und der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. In der wiederum von *Michel Grunewald*, Leiter des Studienzentrums für deutschsprachige Periodika an der Universität Metz, und *Hans Manfred Bock*, Experte für französisch-deutsche Beziehungen an der Universität Kassel, geleiteten Tagung wurden 1998 neun im Ausland einschließlich Österreich und sieben in Deutschland selbst erschienene Zeitschriften vorgestellt. Die Thematik umfaßt m.E. Fragestellungen wie die nach den Strukturmerkmalen nazistischer und nichtnazistischer Europakonzeptionen einschließlich einer hinlänglichen Differenzierung nach politischen Strömungen, nach den Reaktionen auf die zuvor getanen Schritte in der Weimarer Außenpolitik sowie nach Vorüberlegungen zur politischen Gestalt Europas, die in der Europapolitik der zweiten Nachkriegszeit evtl. wirksam werden sollten – ggf. auch aufgrund personeller Kontinuität. Diese und andere Fragen betten sich ein in das historisch-politische Erkenntnisinteresse, ob es zum Bilateralismus der 1930er Jahre mitsamt seinen Folgen auch für die Jahre nach 1933 denkmögliche europapolitische Alternativen gab.

Ich stelle im folgenden kurz die Forschungsergebnisse zu den in nicht ganz nachvollziehbarer Reihenfolge vorgestellten Zeitschriften vor, um abschließend zu einem Gesamturteil zu gelangen.

Die Exilzeitschriften lassen sich grob fünf politischen Richtungen zuordnen. Die beiden linken Zeitschriften „Neue Weltbühne“ (S. 13-28) und „Neue deutsche Blätter“ (S. 29-46) folgen im wesentlichen der sowjeti-

schen Linie, einschließlich des Moskauer Einschwenkens auf die Volksfront-Politik seit Mitte der 1930er Jahre. Sie verbleiben auf der Ebene der zwischenstaatlichen Tagespolitik, ohne zu wirklichen europapolitischen Konzepten zu gelangen, und leiden z.T. unter einer dogmatisierten Ursachendiagnose und Fehlwahrnehmung. Vor allem bei den Neuen „Deutschen Blättern“ macht sich der sowjetische Einfluß zunehmend bemerkbar. Das in Buenos Aires erscheinende linkssozialistische „Das andere Deutschland“ (S. 117-128) deutet den NS als Produkt des Kapitalismus und nicht als typisch deutsche Entwicklung; das Blatt sucht trotz einer pessimistischen Analyse nach einer europäisch-US-amerikanischen Lösung deutscher und europäischer Probleme und wünscht eine gleichberechtigte Position Deutschlands in den „Sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa“.

Leopold Schwarzschilds „Neues Tagebuch“ (S. 47-62) spielt mit seiner konservativ-liberalen und gleichzeitig antikommunistischen Position eine Sonderrolle unter den Exilzeitschriften, indem es eine Teilung Deutschlands fordert, um das demokratieunfähige Land in eine wirtschaftsliberale paneuropäische Entität zu integrieren. In der Gruppe der katholisch-konservativen Exilzeitschriften „Deutscher Weg“, „Deutsche Briefe“, „Kulturkampf“ (S. 139-160) und Foersters „Europa“ (S. 95-116) dominiert die Vorstellung eines katholisch-ständestaatlich organisierten Europa unter Rückgriff auf entsprechende Vorstellungen einer Richtung der sog. „Konservativen Revolution“ und entsprechender österreichischer Ausprägungen. Eine eigenständige, sowohl vom bündischen Antiliberalismus geprägte, als auch in

der späteren Bundesrepublik wirksame Position vertritt die in Frankreich erscheinende linkskatholische „Zukunft“ (S. 63-94), die vom Pariser Außenministerium subventioniert und auch mit Beiträgen französischer Politiker versehen wurde. Die Ambivalenz der Regierungsnähe wird in dem Artikel problematisiert, vor allem hinsichtlich der Selbstzensur beim Münchner Abkommen und der Informationsunterdrückung in Bezug auf die Internierung von Spanienkämpfern durch die französische Regierung. Thormann und Dirks schließen an die linkskatholische Publizistik der Weimarer Zeit an und versuchen die jung-katholischen Vertreter der „Konservativen Revolution“ durch eine Wiederbelebung des rheinisch-revolutionären „dritten Weges“ zu binden – nicht ohne Hoffnung auch auf Otto Strasser. Die Europa-Konzeption oszilliert zwischen Tradition und Moderne, sieh drehend um eine französisch-deutsche Achse, antipreußisch gesonnen. Sie erscheine, so T. Keller, als ein widersprüchlicher Versuch, verschiedene Komponenten abzuschreiten, die in eine rheinisch und antiliberal-revolutionäre katholische Konzeption integrierbar schienen (S. 91).

Keine Exilzeitschrift, sondern bis zur Einstellung 1938 in Österreich erschienene Zeitung ist „Paneuropa“ (S. 161-195), Zentralorgan der gleichnamigen Bewegung des Grafen Coudenhove-Kalergi mit kolonialistisch-großraumpolitischer Zielsetzung und antiliberal-aristokratischem Politikverständnis. In dem Beitrag fehlt leider eine Einordnung sowie eine Beurteilung der Wirkung der Paneuropa-Bewegung, auch nach 1945.

Die in Deutschland erscheinenden Zeitschriften unterliegen naturgemäß dem Anpassungsdruck durch das NS-

Regime: sie können diesen aber z.T. auch für sich innerhalb enger Grenzen nutzen, auch weil sie vom Regime in unterschiedlicher Weise instrumentalisiert werden. Eine erste Gruppe sind die als jungkonservativ-reichisch zu nennenden Zeitschriften, die in irgendeiner Weise die Ideen Moeller van den Brucks weiterführen wollen. Ein Beispiel ist die in geopolitischen Kategorien Haushofers argumentierende „Deutsche Rundschau“ (S. 196-232), die – was allerdings noch der Erklärung harzt – bis 1939 erscheinen kann.

Der hierzu gehörende „Nahe Osten“ (S. 265-310) argumentiert protestantisch, antiwestlich und antipolnisch, aber auch in den politischen Konzeptionen für die Gestaltung des sog. „Zwischeneuropa“ nicht rassistisch. Natürlich macht der „Nahe Osten“ den Nazis Konzessionen, allerdings weniger um eine oppositionelle Haltung zu tarnen als vielmehr den außenpolitischen Ideen Moeller van den Brucks einen gebührenden Platz im NS zu sichern (S. 293). Doch nimmt die Nazifizierung weiter zu und die wohlwollenden Interpretationen der NS-Außenpolitik erweisen sich als Fehleinschätzung. Schon 1935 ist es mit dieser Zeitschrift vorbei. Über die in der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Zeit schon maßgebliche „Tat“ (S. 233-264) erfährt man wenig, schon gar nichts über europapolitische Konzepte, um so mehr aber über die Karrieren einiger Autoren in der Presselandschaft der BRD. Ebenfalls aus dem Umkreis der „Konservativen Revolution“ stammt die elitärpluralistisch eingestellte „Europäische Revue“ (S. 311-351), die sich gegen die auf Massenmobilisierung ausgerichtete Paneuropa-Bewegung richtet, sich nach 1933 gegenüber dem Regime soweit anbie-

dert, daß es unter Verlust der letzten „konservativ-revolutionären“ Versatzstücke schließlich ganz dem NS-Mythizismus niedrigsten Niveaus anheimfällt. H. M. Bock zeichnet dies anhand der Sequenz der verschiedenen Typen des Europa-Diskurses nach, beginnend mit dem Typ des antidemokratisch-reichischen „Jungen Europa“ der 1920er Jahre (S. 331-336), fortfahrend mit dem unter dem Einfluss des Rechtsdenkens Carl Schmitts stehenden „Anderen Europa“ zwischen 1933 und 1936 (S. 336-350) und schließend mit dem „Europa der weißen Rasse“ ab 1936 (S. 350-353). Diese Sequenz wirft natürlich die unvermeidliche Frage nach den Analogien und Schnittstellen zwischen „konservativ-revolutionären“ und als nationalsozialistisch zu qualifizierenden Vorstellungen sowie nach diachronen Veränderungen in Leserkreis, Auflage und Rezeption auf. Ebenso wäre ein Hinweis auf eventuelle Nachkriegskarrieren jungkonservativer Europa-Topoi, insbesondere aus der frühen Zeit der Revue, aufschlußreich.

Eine weitere Gruppe sind die inhaltlich nicht überraschenden völkisch-rassistischen Zeitschriften „Der Hammer“ (S. 353-367) und „Volk im Werden“ (S. 369-392), wobei letztere einerseits unter dem Einfluß des SD steht, andererseits auch mit einem individuell motivierten Publikationsverbot seines Gründers Kriek leben muß.

Einen wirklichen Sonderfall stellt die von dem Liberalen Friedrich Naumann 1894 gegründete nationalsoziale „Hilfe“ (S. 393-492) dar, die nach 1933 Analogien mit der NS-Ideologie und deren Kontinuität betont und somit ihr Überleben bis 1944 sichern kann. Sie formuliert zukunftsgerichtete europapolitische Konzepte mit einer uni-

versalistischen Tendenz, natürlich unter großdeutscher Vorherrschaft, aber ohne rassistische Theorien von „Untermenschen“ u.ä. Seit Stalingrad erscheinen europapolitische Einheitskonzepte mit Hinweisen auf wirtschaftliche Aufgaben der Nachkriegszeit, deren Metaphorik sie auch als einen Entwurf einer Nachkriegsordnung angesichts des Auftretens der Supermächte erscheinen läßt (v.a. S.432).

Den Untersuchungen folgt *H. M. Bocks* „bibliographischer Versuch“ zu „Kulturzeitschriften im Deutschland der dreißiger Jahre im Kontext der Gesellschafts-, Kultur-, Verlags- und Intellektuellengeschichte“ mit den Rubriken „Gesellschafts-, Kultur- und Intellektuellen-Geschichte“, „Zeitschriftenforschung. Allgemeine Aspekte“, „Verleger- und Verlagsgeschichte“ und „Einzelstudien zu den Kulturzeitschriften“. Ein Personenindex schließt den Band ab.

Dem Rezensenten ist nicht deutlich geworden, nach welchen Kriterien – außer dem ihrer Existenz – die Zeitschriften ausgewählt wurden und welche Blätter, aus welchen sachlichen, forschungsstrategischen oder präsentationspragmatischen Gründen auch immer, nicht berücksichtigt wurden. Damit bleibt unklar, als wie repräsentativ oder punktuell die vorgestellten Inhalte zu gelten haben. So wäre in dem Zusammenhang auch eine Zeitschrift aus dem US-amerikanischen Exil interessant, zumal Emigranten während des Krieges nirgends so stark auf die Politik einwirkten wie in den USA. Vor allem bei den in Deutschland erscheinenden Zeitschriften „konservativ-revolutionärer“ Provenienz fällt auf, daß als Autoren verschiedener Zeitschriften immer wieder dieselben Na-

men auftauchen. Dies läßt sich zum einen auf die banale Tatsache zurückführen, daß diese Intellektuellen viel schreiben mußten, um rein materiell zu überleben, verweist aber auch auf eine partielle Überschneidung verschiedener Strömungen der „Konservativen Revolution“. Damit stellt sich der Europa-Diskurs der Inlandzeitschriften auch als ein Insider-Diskurs mit verschiedenen Schattierungen dar, also literatursoziologisch als ein relativ geschlossener Aktionsraum. Diese Struktur würde wiederum Relevanz und Funktion dieser Zeitschriften für die NS-Führung und folglich deren Politik im Spannungsfeld zwischen Tolerierung, Instrumentalisierung und Unterdrückung präziser benennen helfen.

Diese Nachfragen drängen zu der grundsätzlichen Kritik an der Projektkoordination, daß weder ein rein literaturwissenschaftlicher noch ein historischer Erkenntniswert dieser Thematik transparent gemacht wird. Von den genannten Einzelbeispielen abgesehen, wird nicht deutlich, wo das Projekt überraschende oder nicht schon mit bekanntem Vorwissen deduzierbare Ergebnisse zeitigt oder aus seiner spezifischen Perspektive das bekannte Bild politisch-kultureller Diskurse in NS und Exil untersetzt oder modifiziert.

Der Mangel an einer Fragestellung wird schon daran deutlich, daß der Begriff „Europa-Diskurs“ als Behälter für recht disparate Diskurse verwendet wird: für die eher tagespolitisch geprägte Kommentierung außenpolitischer Konstellationen und Ereignisse zum einen, für Projekte einer Neuordnung Europas aufgrund bestimmter Probleme zum anderen oder schließlich für einen Identitätsdiskurs in Absetzung von anderen Kulturräumen. Der

Suggestion des Fragerasters von S. 2, Fußnote 2 zum Trotz fehlt die leitende Strukturierung. So fehlen Erkenntnisziele, die sich auf bestimmte politische Lager oder Tendenzen richten; sie würden z.B. bei der Beschreibung von Abgrenzung oder Affinität „konservativ-revolutionärer“ und „nationalsozialistischer“ Topoi und Denkweisen relevant, will man die Rolle der Zeitschriften im NS historisch angemessen beurteilen. Viele Einzelbeiträge folgen den im Frageraster genannten Kriterien dann auch eher zufällig, ohne daß ein Weglassen bestimmter Aspekte aus der Sache, der Quellenlage oder dem Forschungsstand begründet würde. Vor allem hinsichtlich der inländischen Zeitschriften bleibt als literaturpragmatisch geprägte Forschungsaufgabe bestehen, anhand reflektiert ausgewählter Beispiele den Effekt solcher Zeitschriften zwischen den Polen einer bestimmten Wirkung über die Gruppe der Autoren und Gesinnungsgenossen hinaus einerseits und eines ingroupartig geschlossenen Diskurssystems zu taxieren. Dann gewinnt die an solchen Zeitschriften durchführbare Archäologie von Europakonzepten der zweiten Nachkriegszeit einen literatur-, geschichts- und politikwissenschaftlichen Sinn.

Friedemann Scriba

**Petra Bock, Edgar Wolfrum (Hrsg.), Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1999, 302 S.**

Der vorliegende Sammelband umfaßt jeweils mehrere, zumeist recht kurze

Aufsätze zum politischen Umgang mit der Vergangenheit in Deutschland, Ungarn, dem übrigen Europa und im außereuropäischen Raum bzw. zur globalen Dimension von Vergangenheitspolitik. Die Herausgeber bieten einleitend Überlegungen zu zentralen Begriffen wie Vergangenheits- versus Geschichtspolitik, die Autoren des Bandes folgen dieser Begrifflichkeit meist jedoch nicht. Es handelt sich um eine Sammlung von in Ansatz und Anspruch unterschiedlichen Beiträgen. Ein Vergleich wird trotz des Untertitels nicht versucht, und bei so diversen Ansätzen ist eine Vergleichbarkeit übers Alltagsverständnis hinaus auch nicht gegeben.

*Petra Bock* thematisiert die Vergangenheitspolitik in der ostdeutschen Revolution von 1989. Wesentliche Entwicklungsschritte in den Bereichen Aufklärung, strafrechtliche Verfolgung und Disqualifikation von Tätern sowie Wiedergutmachung lassen sich hier nachlesen, allerdings ohne Vorgeschichte und ohne jede nähere Unterscheidung der handelnden Gruppen. Der Vergangenheitspolitik, so das Ergebnis, lagen vor allem Legitimations- und Verteilungskämpfe zugrunde, Pragmatismus kam vor der Moral. Hier wird der historische Prozeß in seiner Komplexität derart reduziert, daß die Interpretation zwar richtig sein mag, aber letztlich wenig interessant ist.

*Edgar Wolfrum* stellt nach einer genaueren Begriffsdiskussion die „Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989. Phasen und Kontroversen“ dar. Welche wechselnden Bedeutungen der nationalsozialistischen Vergangenheit und der Einheit der Nation zugeschrieben wurden, wie sich diese Veränderungen in Auseinandersetzungen zwischen den politi-